

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: IG Metall - Arbeitslosenhilfe -  
Gentechnologie - Klimaveränderungen - UNO**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1995) : Kurz kommentiert: IG Metall - Arbeitslosenhilfe - Gentechnologie - Klimaveränderungen - UNO, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 11, pp. 573-574

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137293>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

**IG Metall**  
**Mutiger Schritt**

---

In einer vielbeachteten Grundsatzrede auf dem Gewerkschaftstag hat der IG Metall-Vorsitzende Zwickel der Bundesregierung und den Metallarbeitgebern ein Bündnis für Arbeit vorgeschlagen. Danach ist die IG Metall bereit, von bisherigen Dogmen abzurücken. Neben einer moderaten Tarifpolitik für das Jahr 1997, bei der sich die Lohnforderungen an den Preissteigerungen orientieren würden, bietet die Gewerkschaft ihre Zustimmung zu der Einstellung von Langzeitarbeitslosen mit untertariflicher Bezahlung an. Als Gegenleistung fordert sie von den Arbeitgebern die Schaffung von 300 000 neuen Arbeitsplätzen, den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und die Einstellung von 30 000 Langzeitarbeitslosen in den kommenden drei Jahren. Von der Bundesregierung verlangt sie, bei der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes auf Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe zu verzichten.

Mit ihrem Angebot, eine untertarifliche Bezahlung von Langzeitarbeitslosen für einen bestimmten Zeitraum zuzulassen, bricht die IG Metall mit dem alten Grundsatz des gleichen Lohnes bei gleicher Arbeit. Die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit mit ihren überdurchschnittlichen Zuwächsen, aber auch der Erfolg der IG Chemie, die untertarifliche Einstiegsgehälter akzeptiert, hat wahrscheinlich zu diesem Umdenken beigetragen. Zweifel sind jedoch angebracht, ob dieser mutige Schritt von dem beabsichtigten Erfolg gekrönt sein wird. Denn die Arbeitgeber werden sich auf entsprechende vertragliche Verpflichtungen nicht einlassen können. Insofern wird die IG Metall wohl nochmals über ihren Schatten springen müssen, indem sie die untertarifliche Bezahlung von Langzeitarbeitslosen ohne Bedingungen zuläßt. dw

---

**Arbeitslosenhilfe**  
**Überwälzung auf andere Träger**

---

Anfang November hat das Bundeskabinett den von Arbeitsminister Blüm vorgelegten Gesetzentwurf zur Reform der Arbeitslosenhilfe beschlossen. Von der Reform werden ab April 1996 Einspareffekte von jährlich 3,4 Mrd. DM erwartet, insbesondere durch eine stärkere Konzentration der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf Langzeitarbeitslose, durch die Senkung der Bemessungsgrundlage für die Arbeitslosenhilfe

um 5% p.a., durch eine stärkere Berücksichtigung des Vermögens der Leistungsempfänger und durch die Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe.

Auch wenn Arbeitsminister Blüm erklärt, daß es vor allem darum gehe, den Langzeitarbeitslosen "Brücken aus der Arbeitslosigkeit zu bauen", drängt sich der Verdacht auf, daß der Bund die von ihm finanzierte Arbeitslosenhilfe teilweise auf andere Leistungsträger zu überwälzen versucht: Die stärkere Konzentration der ABM auf Langzeitarbeitslose entlastet die Arbeitslosenhilfe, denn ABM werden weitgehend von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert. Sozialhilfe und Wohngeld – von Gemeinden und Ländern getragen – füllen die Lücke, wo die Arbeitslosenhilfe durch Kürzungen unter das Existenzminimum sinkt.

Die Länder und Gemeinden werden aber mit diesen Maßnahmen leben können. Die ursprünglich vorgesehene zeitliche Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf zwei oder drei Jahre und die anschließende Entlassung der Langzeitarbeitslosen in die Sozialhilfe hätte sie weitaus stärker belastet. Vor weiteren Versuchen, aus haushaltstechnischen Gründen Langzeitarbeitslose in die Sozialhilfe abzudrängen, muß dennoch gewarnt werden, denn Sozialhilfe ist für Notlagen in Einzelfällen vorgesehen und nicht für ein Massenphänomen, als das man Langzeitarbeitslosigkeit angesichts der mittlerweile knapp 1 Mill. Menschen, die Arbeitslosenhilfe beziehen, ansehen muß. er

---

**Gentechnologie**  
**Kennzeichnungspflicht abgelehnt**

---

Nach jahrelangen Verhandlungen hat die Mehrheit im EU-Ministerrat – gegen die Stimmen Deutschlands, Dänemarks, Österreichs und Schwedens – eine generelle Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Lebensmittel abgelehnt und für den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission votiert. Diese Richtlinie sieht vor, daß eine besondere Kennzeichnung von Nahrungsmitteln nur dann erforderlich ist, wenn sich ein „neuartiges Lebensmittel“ in „signifikanter Weise von bestehenden gleichwertigen Lebensmitteln oder Lebensmittelzutaten unterscheidet“. Während die Europäische Kommission argumentierte, daß nur die Unterschiede zwischen den Produkten für den Verbraucher wesentlich seien, monierte die Bundesregierung die Unspezifiziertheit des Begriffes „signifikant“ und forderte deshalb eine umfassende Kennzeichnung auch solcher Lebensmittel,

bei deren Herstellung gentechnische Verfahren eingesetzt werden.

Zwar ist das Informationsbedürfnis der Verbraucher über den Einsatz von Gentechnologie – zumindest in Deutschland – offensichtlich; es ist jedoch nur schwer nachzuvollziehen, weshalb der Einsatz eines gentechnischen Verfahrens, das staatlicherseits genehmigt ist, staatlicherseits wieder dadurch diskriminiert werden soll, daß die entstehenden Produkte einer besonderen Kennzeichnungspflicht unterliegen. Liegen Bedenken in Sicherheits- oder Gesundheitsfragen oder auch in ethischer Hinsicht vor, so wäre es konsequent, das entsprechende Verfahren zu untersagen. Ganz anders ist hingegen eine marktliche Diskriminierung gentechnischer Verfahren zu beurteilen. Hier steht es den Produzenten frei, sich einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, indem sie mit einer Kennzeichnung darauf hinweisen, daß bei ihren Produkten keine Gentechnik eingesetzt wurde. kb

---

### **Klimaveränderungen Klassischer Fall**

---

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung zu globalen Umweltveränderungen hat sein drittes Jahresgutachten vorgelegt. Wenn die Menschheit so „weiterwirtschaftet“, würden – so warnt der Beirat – in etwa 25 Jahren Klimaveränderungen eintreten, die das erträgliche Maß überschreiten. Wenn es jedoch gelänge, nach einer Übergangszeit von fünf Jahren die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen jährlich um ein Prozent zu vermindern, ließe sich das Klima dauerhaft in einem neuen Gleichgewicht stabilisieren. Der Beirat richtet an die Bundesregierung die Aufforderung, Lösungen anzubieten und auch durchzusetzen.

Spätestens seit dem Weltklimagipfel in Rio ist allseits bekannt, wie dringend notwendig Maßnahmen zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen sind. Wirksame Instrumente, die gerade wegen ihrer Wirksamkeit auch mit hohen Kosten für die Verursacher und/oder die Gesellschaft verbunden sind, wurden zwar viel diskutiert, ließen sich jedoch bislang nicht in die Praxis umsetzen. Der Grund hierfür liegt vor allem darin, daß die Schadensverursachung und die Schäden nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich weit auseinanderliegen. Zudem sind die Schäden bisher noch nicht gravierend spürbar.

Hier handelt es sich um den klassischen Fall, der ein staatliches Eingreifen erfordert, weil die einzelnen

Emittenten keine Anreize haben, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Die Entscheidungsträger haben jedoch weder wahlpolitische Perspektiven, die 25 Jahre oder mehr umfassen, noch bestehen für sie Anreize, einheitlich weltweit zu handeln. Der nach Aussagen des Beirates befürchtete, „heute noch nicht vorstellbare Kraftakt“ zur Rettung des Klimasystems, der nötig wird, wenn keine Maßnahmen eingeleitet werden, wird immer wahrscheinlicher cw

---

### **UNO Dringender Reformbedarf**

---

Vor wenigen Wochen beging die UNO ihren 50. Geburtstag. Obwohl etwa 150 Staats- und Regierungschefs deshalb nach New York gereist waren, trübte die gegenwärtige Misere der Institution die Feierlichkeiten. Viele der einst ehrwürdigen Gründungsvisionen sind in der wechselvollen Geschichte der UNO am Eigeninteresse einzelner Nationalstaaten gescheitert. Unter den umstrittenen Missionen in Somalia und Bosnien sowie der Tatenlosigkeit beim Völkermord in Ruanda hat der Ruf der überforderten Weltorganisation erheblich gelitten. Darüber hinaus droht der UNO infolge der hohen Kosten ihres Engagements im Rahmen der zu ambitionösen „Blauhelm“-Einsätze sowie erheblicher Zahlungsrückstände bedeutender Mitglieder in ihrem Jubiläumsjahr die Zahlungsunfähigkeit. Vor allem die USA knüpfen die Begleichung ihrer erheblichen Rückstände an erkennbare Fortschritte der Verwaltungsreformen sowie eine Modifikation des Berechnungsmodus zur Finanzierung der UNO. Nachdem sich das politische Weltgefüge seit Gründung der UNO beträchtlich verändert hat, sind diese Reformen auch dringend erforderlich.

Bei aller Kritik darf jedoch nicht übersehen werden, daß die UNO viele Aufgaben wahrnimmt, die ohne eine solche Organisation wahrscheinlich unerledigt bleiben würden. Wer sonst würde sich eines solchen Bündels komplexer und undankbarer Herausforderungen annehmen und könnte sich dabei auf solch weitverbreitete Akzeptanz stützen? Zunächst ist jedoch ein solider Finanzrahmen der UNO eine notwendige Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit ihrer Politik und die effektive Erfüllung ihrer Aufgaben. Darüber hinaus sind ihre Aufgabenschwerpunkte klar zu umreißen. Als globales Forum sollte die UNO der präventiven Konfliktvermeidung wieder einen höheren Stellenwert zuweisen als friedens erzwingenden Maßnahmen. bs